

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	08.10.10

---

## **Niederschrift**

### **über die Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen (SI/1125/10) am 08.10.2010**

Anwesend sind:

#### **Vorsitz**

Herr Michael Müller ,

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Karl-Friedrich Kühme , Herr Clemens Mindt , Herr Rainer Spiecker , Herr Michael Wessel ,

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Volker Dittgen , Herr Thomas Kring , Herr Wilfried Michaelis (ab 14.45 Uhr, TOP 1.), Herr Klaus Jürgen Reese , Herr Stefan Werksnies ,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Lorenz Bahr , Frau Anja Liebert , Herr Klaus-Dieter Lüdemann ,

#### **von der FDP-Fraktion**

Herr Alexander Schmidt ,

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Frau Elisabeth August ,

#### **von der WfW-Fraktion**

Herr Dr. Günter Schiller ,

#### **als sachkundige Einwohner/in**

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper , Herr Hugo Benten Sattler

**Oberbürgermeister**

Herr Peter Jung ,

**von der Verwaltung**

Herr Beigeordneter Frank Meyer (GBL 1.2), Herr Beigeordneter Matthias Nocke (GBL 2.2), Herr Kronenberg (Büro OB), Herr Michael Walde (R 101), Herr Jochen Braun (R 105), Frau Cordula Brendel (100.2), Frau Bärbel Mittelmann (000.4),

**als Gäste**

Herr Matthias Haschke (WMG), Herr Georg-Eicke Dalchow (REDV)

**Schriftführerin**

Petra Paßmann

Beginn: 14:05 Uhr

Ende: 15:45 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1.1 Handlungsprogramm Demografischer Wandel Vorlage: VO/0111/10

Herr Walde erläutert das Handlungsprogramm demografischer Wandel (HP) sowie die Ergänzungsvorlage mit der Zusammenstellung von Maßnahmen der Geschäftsbereiche. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. )

Er betone, dass die Bewältigung des demografischen Wandels eine Aufgabe für die Zukunft sei. Mit der vorgelegten Drucksache solle der „Demografie-Check“ in der Gesamtverwaltung verankert werden. Gleichzeitig werde er in künftigen Abwägungsprozessen als ein weiterer Baustein für die Bewertung von Projekten für mehr Transparenz sorgen. So beinhalte der Beschlussvorschlag der Verwaltung neben dem politisch-handlungsstrategischen auch einen operativen Ansatz.

Herr Stv. Bahr geht davon aus, dass der demografische Wandel mit dem hier beschriebenen Paradigmenwechsel Politik und Verwaltung in Zukunft fordern und in diesem Zusammenhang beispielsweise auch der Mut zu einer stärker qualitativ ausgerichteten Entwicklung von Gewerbeflächen aufgebracht werden müsse.

Für Herrn Stv. Reese zeigen Vorlage und Ergänzungsdruksache die Vielfalt der künftig zu diskutierenden und umzusetzenden Themen auf, für die der heutige Beschluss einen geordneten Diskussionsrahmen bzw. ein Instrument für die anstehenden Entscheidungsprozesse biete und insofern eine Leitlinie darstelle. Er erwarte auch angesichts der begrenzten kommunalen finanziellen Handlungsspielräume schwierige Diskussionen in den einzelnen Handlungsfeldern. Nur gemeinsam könnten Politik und Verwaltung das Handlungsprogramm mit Leben erfüllen. Wenig hilfreich beurteile er in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid.

Er empfehle, zunächst den weiteren Umgang mit dem Thema abzuwarten. Heute schon über eine Evaluierung zu entscheiden halte er angesichts der Komplexität des Themas für verfrüht.

Unter Hinweis auf erfolgreiche - zunächst privat organisierte - Initiativen wie die Ölberg-Genossenschaft und Clownfish regt Herr Stv. Lüdemann eine Vernetzung dieser und städtischer Aktivitäten sowie eine Übertragung der Ideen auf andere Bereiche an.

Seine Frage nach den Auswirkungen einer Kürzung von Städtebaufördermitteln beantwortet Herr Beig. Meyer dahingehend, dass die geplante Kürzung zur Zeit auf erhebliche Widerstände stoße. Sollten die Pläne realisiert werden, so seien bereits bewilligte Maßnahmen sicher nicht betroffen, tendenziell würden aber weniger Mittel in Richtung einzelne Kommune fließen.

Wie Herr Stv. Lüdemann gehe er davon aus, dass das Thema auch im Integrationsausschuss zu diskutieren sein werde.

Herr Stv. Schmidt wertet den Weg einer aktiven Steuerung und Gestaltung des Prozesses als positiv. Er frage aber, ob der Demografie-Check bei künftigen Entscheidungen nicht nur als ein Punkt unter vielen „abgearbeitet“ werde. Die heutige Diskussion zeige auch die Notwendigkeit, eine Entscheidung im Sinne des von seiner Fraktion vorgelegten Änderungsantrages herbeizuführen..

Seiner Kritik an „unzureichenden“ Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Familienfreundlichkeit tritt Herr Beig. Meyer unter Hinweis auf die zahlreichen im

Programm und in der Zusammenstellung beschriebenen Maßnahmen entschieden entgegen.

Fragen von Frau Stv. August zu den Möglichkeiten einer Beeinflussung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, der Zentralisierung von Aufgaben unter Berücksichtigung der besonderen geografischen Struktur der Stadt und den Einwirkungsmöglichkeiten auf den Wohnbaubestand beantwortet Herr Walde ausführlich.

Herr Beig. Nocke ergänzt, dass im Rahmen des Schulentwicklungsplanes auch künftig „schulfreie“ Zonen vermieden werden sollen.

Herr Stv. Schiller vermisst im Handlungsprogramm eine Bündelung bzw. eine Priorisierung einzelner Handlungsschwerpunkte. Er stelle darüber hinaus die Grundannahme der Unumkehrbarkeit der Entwicklung infrage.

Aus der Veranstaltung zum Wirtschaftspreis hat Herr Dalchow eine offensive Stimmung des Einzelhandels mitgenommen. So biete die demografische Entwicklung nicht nur Risiken sondern auch Chancen für die Entwicklung der Stadt. Der Einzelhandelsverband habe den Wunsch, an dieser Entwicklung mitzuarbeiten und sehe dabei die Zukunft gerade im Service und der Qualität von Beratung. Vor diesem Hintergrund frage er sich aber auch, wie die Stadt mit dem Thema „großflächiger Einzelhandel“ umgehen werde.

Herr Beig. Meyer geht für Wuppertal von einem Nachholbedarf aus, Kaufkraft in die Stadt zurückzuholen. Dies durchaus auch durch großflächige Agglomeration.

Frau Stv. Liebert sieht durch das vorgelegte Handlungsprogramm Diskussionen über die Prioritäten ausgelöst, denen sich die Politik nunmehr stellen und entsprechend Verantwortung übernehmen müsse. Eine Verankerung dieser Querschnittsaufgabe in allen Ebenen von Verwaltung und Politik sowie die Bündelung und Vernetzung von Aktivitäten und Akteuren werte sie sinnvoll und notwendig.

Herr Sattler verweist in diesem Zusammenhang kurz auf die Stellungnahme der IHK. Im Demografie-Check sehe er - auch mit Blick auf den Wettbewerb der Kommunen untereinander – ein geeignetes Instrument. Ausdrücklich biete die IHK der Stadt eine Zusammenarbeit an.

Herr OB Jung nimmt dieses Angebot gerne an. Entgegen der aktuellen Veröffentlichung der IHK möchte er jedoch klarstellen, dass sich die Verwaltung schon lange mit dem Thema der demografischen Entwicklung – immer in Verbindung mit einzelnen Programmen - auseinandersetze und verweist darüber hinaus auf einen entsprechenden Kongress schon zu Beginn seiner Amtszeit. Er werte daher die in der Öffentlichkeit gemachten Aussagen der IHK als in der Sache falsch und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht förderlich.

Er sehe im demografischen Wandel und der Bewältigung seiner Folgen eine große Herausforderung, der es gelte, sich gemeinsam zu stellen. Die im Handlungsprogramm aufgezeigten Strategiefelder Anpassung, Attraktivierung und Integration stuft er als elementar für Wuppertal ein. Die Festlegung und Priorisierung von Maßnahmen werde sich als **die** Aufgabe der Politik erweisen. Dabei werde der Demografie-Check eine entscheidende und ordnende Rolle im jeweiligen Abwägungsprozess spielen. Aber auch künftig werde es bei der Bewertung einzelner Projekte unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen geben.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 08.10.2010:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, das „Handlungsprogramm Demografischer

Wandel“ mit seinen wesentlichen Bestandteilen *Demografische Ziele, Demografie-Leitbild* und *Handlungsstrategien* als Zielkonzept und Orientierungsrahmen für das weitere Vorgehen zu beschließen. Um die Demografiefestigkeit kommunalen Handelns zu stärken, werden zukünftig Handlungsprogramme, Maßnahmen und Projekte an den aus den demografischen Zielen, dem Demografie-Leitbild und den Handlungsstrategien abgeleiteten Prüfkriterien (*Demografie-Check*) vorbeigeführt.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zukünftig in Beschlussvorlagen grundsätzlich eine Einschätzung zur Demografierrelevanz mit aufzunehmen.

Stimmenmehrheit (bei zwei Gegenstimmen der WfW-Fraktion und der LINKEN)

---

**1.2 Handlungsprogramm Demografischer Wandel - Maßnahmenplan**  
**Vorlage: VO/0111/10/1**

Diskussion siehe TOP 1.1.

Die als Anlage beigefügte „Zusammenstellung von Maßnahmen der Geschäftsbereiche“ zum Handlungsprogramm Demografischer Wandel (VO/0111/10) wird ohne Beschluss entgegengenommen.

---

**1.3 Änderungsantrag zu VO/0111/10 - Handlungsprogramm Demographischer Wandel - Evaluierung, Beratung und Handlungsvorschläge**  
**Vorlage: VO/0599/10**

Herr Stv. Schmidt erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 08.10.2010:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Stimmenmehrheit (bei einer Stimme der FDP-Fraktion für den Antrag)

---

**2 Vorhabenbez. Bebauungsplan Nr. 1154V - Physio- und Rehabilitationszentrum / Kornstraße - (mit Flächennutzungsplanberichtigung 61B) - Offenlegungsbeschluss - Vorlage: VO/0726/10**

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 08.10.2010:

1. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1154V wird gegenüber dem Aufstellungsbeschluss im Bereich der Straße Sonnborner Ufer und des Parkplatzes Kornstraße auf das benötigte Vorhabengebiet verkleinert. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1154V – Physio- und Rehabilitations-

zentrum – erfasst nun den Bereich der ehemaligen Straßenbahnwendeschleife westlich der Kornstraße und nördlich der Straße Sonnborner Ufer, wie dieser in der Anlage 01 näher zeichnerisch dargestellt ist.

2. Die Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1154V – Physio- und Rehabilitationszentrum – wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird zeitgleich durchgeführt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Einstimmigkeit

Michael Müller  
Vorsitzender

Petra Paßmann  
Schriftführerin